

Anliegen und Forderungen der Konferenz der Erwachsenenbildung (KEBÖ) für ein nächstes Regierungsprogramm

Die Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ) ist die Arbeitsplattform der im Bundesgesetz vom 21. März 1973 über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln anerkannten gemeinnützigen österreichischen Erwachsenenbildungsverbände. Die KEBÖ-Verbände, sind seit vielen Jahrzehnten erfolgreich in der Erwachsenenbildung aktiv und erbringen österreichweit, autonom und nicht gewinnorientiert kontinuierliche und verlässliche Bildungsarbeit.

Die KEBÖ besteht aus den folgenden 10 Verbänden:

- [Arbeitsgemeinschaft Bildungshäuser Österreich – ARGE BHÖ](#)
- [Berufsförderungsinstitut Österreich – BFI](#)
- [Büchereiverband Österreichs – BVÖ](#)
- [Forum Katholischer Erwachsenenbildung in Österreich – FORUM](#)
- [Ländliches Fortbildungsinstitut – LFI](#)
- [Ring Österreichischer Bildungswerke – RÖBW](#)
- [Volkswirtschaftliche Gesellschaft Österreich – VG-Ö](#)
- [Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung – VÖGB](#)
- [Verband Österreichischer Volkshochschulen – VÖV](#)
- [Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich – WIFI](#)

In den KEBÖ-Verbänden waren 2023 76.863 Mitarbeiter:innen tätig, 24.570 von ihnen engagieren sich ehrenamtlich für die Anliegen der Erwachsenenbildung in Österreich. Die 10 KEBÖ-Verbände haben 2023 166.755 Veranstaltungen durchgeführt; 2.395.885 Personen haben teilgenommen. Zudem verweist die KEBÖ auf 852.136 aktive Nutzer:innen der Bibliotheken und 9.871.944 Besucher:innen. Gesamt wurden von den Verbänden der KEBÖ 4.942.647 Unterrichtseinheiten durchgeführt.

Die KEBÖ-Verbände leisten wesentliche Beiträge zur:

- persönlichen und beruflichen Entwicklung der Menschen,
- Sicherung des Wirtschaftsstandortes und der Beschäftigungsfähigkeit,
- Führung eines selbstbestimmten Lebens,
- politischen und gesellschaftlichen Teilhabe,
- Verringerung der Bildungsdefizite in der Gesellschaft,
- Förderung der Integration und des sozialen Zusammenhalts,
- Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen und zivilgesellschaftliches Engagement.

Um qualitativ hochwertige und praxisorientierte Bildungsangebote langfristig zur Verfügung stellen zu können, fordert die KEBÖ

- *die verfassungsrechtliche Festschreibung der Bundeskompetenz für die Erwachsenenbildung,*
- *die Zuständigkeit des Bildungsministeriums für das lebensbegleitende Lernen,*
- *die Anhebung der Bundesmittel für die Erwachsenenbildung auf zumindest 1 % des Bildungsbudgets,*
- *den Abschluss längerfristiger (mindestens dreijähriger) Leistungs- bzw. Fördervereinbarungen mit einer jährlichen Valorisierung,*
- *die Sicherstellung der nationalen Finanzierung für Bildungsmaßnahmen als Voraussetzung für die Inanspruchnahme europäischer Fördermittel sowie*
- *verwaltungstechnisch praktikable abgabenrechtliche Rahmenbedingungen für die überwiegend nebenberuflich Lehrenden in der Erwachsenenbildung.*

Es ist erfreulich, dass im geltenden Gesetz die Förderabsicht des Bundes zum Ausdruck gebracht wird.

- *Die KEBÖ fordert aber einen klar formulierten Rechtsanspruch.*
- *Weiters fordert die KEBÖ gesetzlich verankerte Vorgaben über das Ausmaß der jährlichen Förderhöhen des Bundes für die Erwachsenenbildungsverbände.*

Die KEBÖ verweist in diesem Zusammenhang auf die viel zu geringe Dotierung der Fördermittel für die Erwachsenenbildung im Ausmaß von derzeit nicht einmal 0,4 % der Bildungsausgaben des Bundes.

Durchlässigkeit im Bildungssystem

Die KEBÖ begrüßt alle Maßnahmen zur Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem und zur Erhöhung der Transparenz. Mit dem Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) wurde die Möglichkeit geschaffen, nicht formale Bildungsabschlüsse, wie sie vor allem in der Erwachsenenbildung angeboten werden, sichtbar zu machen und aufzuwerten.

- *Die KEBÖ fordert eine konsequente Umsetzung inkl. Vorgaben (vor allem im Einflussbereich des Bundes) der österreichischen Validierungsstrategie und die Anerkennung von nicht formal und informell erworbenen Kompetenzen (auch in anderen bildungspolitisch relevanten Gesetzesmaterien).*

Digitale Kompetenzen

Zahlreiche Studien zeigen, dass Österreich im Bereich der Digitalisierung vor großen Herausforderungen steht. Diese gilt es in Hinblick auf die geänderten Qualifikationsanforderungen am Arbeitsmarkt und die Verbesserung der Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe gemeinsam zu bewältigen.

- *Um das Potenzial und die Möglichkeiten digitaler Veränderungen bestmöglich zu nutzen, fordert die KEBÖ eine aktive Einbindung in zukünftige Initiativen und Programme im Bereich der digitalen Kompetenzen.*

Diese Initiativen und Programme gilt es aus Sicht der KEBÖ längerfristig anzulegen und sie sollten dazu dienen, zielgruppenadäquate Bildungsprogramme umzusetzen. Es gilt aus Sicht der KEBÖ auf die erfolgreichen Erfahrungen der Digitalen Kompetenz Offensive (DKO) aufzubauen.

Vertrauen in Demokratie und Wissenschaft

Die Erwachsenenbildung leistet seit vielen Jahren wichtige Beiträge zur Demokratieentwicklung sowie zu einer Verbesserung des Vertrauens in die Wissenschaften. Die Möglichkeiten der Mitgestaltung und des politischen Handelns sind vielen Menschen nicht bewusst oder werden nicht genutzt. Hier gilt es gezielt mit Programmen im Bereich der Erwachsenenbildung anzusetzen.

- ***Die KEBÖ fordert strategisch abgestimmte und geplante Programme zur Stärkung des Vertrauens in Demokratie und Wissenschaft mit entsprechender finanzieller Ausstattung durch den Bund, sowie die Involvierung der KEBÖ bereits in der Phase der Planung und Entwicklung dieser Programme.***

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Angesichts der Bedrohungen durch die Klimakrise setzt sich die KEBÖ für einen ökologisch verantwortungsvollen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen ein. Es gilt das Bewusstsein für noch mehr Nachhaltigkeit in der Bevölkerung zu stärken und mit gezielten Aus- und Fortbildungsangeboten zu vertiefen. Darüber hinaus sind zur Unterstützung der grünen Transformation auch Qualifizierungsmaßnahmen zum Aufbau entsprechender Kompetenzen unerlässlich.

- ***Die KEBÖ fordert entsprechende Programme mit einer klaren strukturellen Verantwortung, einem budgetären Rahmen seitens des Bundes sowie einer Einbindung der KEBÖ bereits in der Planungs- und Entwicklungsphase.***

Qualitätsverbesserung in der Erwachsenenbildung

Ein hoher Qualitätsanspruch und eine kontinuierliche Professionalisierung sind für die KEBÖ Grundvoraussetzungen für alle Bildungsangebote. Die KEBÖ fordert

- ***die staatliche Anerkennung qualitätsgesicherter Kompetenznachweise in der Erwachsenenbildung und***
- ***die Förderung von pädagogischen Mitarbeiter*innen und Lehrenden in der Erwachsenenbildung zur Erlangung kompetenzorientierter Qualifikationsnachweise.***

Level Up – Erwachsenenbildung

Level Up (vormals Initiative Erwachsenenbildung) ist seit 2012 ein international beachtetes Vorzeigemodell im Bereich Basisbildung und Pflichtschulabschluss. Angesichts der Herausforderungen – bis zu einer Million Menschen haben in Österreich Basisbildungsbedarf – ist nach zwölf Jahren die bisherige, projektförmige Finanzierungstruktur nicht mehr zumutbar.

- ***Die KEBÖ fordert eine langfristig gesicherte Basisfinanzierung durch den Bund, die sowohl die Träger wie auch die Qualität des Angebots nachhaltig absichert. Weiters sollen – wie ursprünglich geplant – auch Abschlüsse wie die Berufsreifeprüfung in dieses zentrale Programm der österreichischen Erwachsenenbildung aufgenommen werden.***

Im Blick auf ein zukünftiges Erwachsenenbildungsgesetz fordert die KEBÖ:

- ***Die Breite und Vielfalt der Angebote sowie die Gemeinnützigkeit müssen erhalten bleiben.***
- ***Die gesamtösterreichischen Einrichtungen der KEBÖ sollen weiterhin als Fördernehmer berücksichtigt werden.***
- ***Verbindliche Festschreibung der Förderausgaben – nicht mehr nur in Form von Ermessensausgaben.***
- ***Vergabe staatlicher Abschlüsse durch das Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb) für die wba, Diplom für Basisbildung etc.***
- ***Verbindliche Qualitätssicherung durch Ö-CERT.***
- ***Nennung eines fixen prozentuellen Anteils vom Bundesbudget für die Erwachsenenbildung.***